



Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

während in Nordrhein-Westfalen schon die Ferien begonnen haben, befindet sich der Politikbetrieb in Berlin auf der Zielgeraden Richtung Sommerpause. Ein guter Anlass, um auf das erste Halbjahr 2015 zurückzublicken und Ihnen und Euch einen Einblick in die Tätigkeit der NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion zu geben.

In den vergangenen sechs Monaten haben wir konsequent an der Umsetzung des Koalitionsvertrags gearbeitet. Dabei wurde immer wieder deutlich, dass die SPD der

Motor dieser Bundesregierung ist. Im Gegensatz zum kleinsten Koalitionspartner aus Bayern beißen wir uns nicht an egoistischen Einzelprojekten fest, sondern sorgen in der gesamten Breite der politischen Themen für ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit.

Ein besonderer Schwerpunkt der letzten Wochen lag für uns NRW-Parlamentarier im Einsatz für eine finanzielle Entlastung der Kommunen. Gemeinsam haben wir es geschafft, dass die Städte und Gemeinden in den kommenden Jahren um mehr als 15 Milliarden Euro entlastet werden. Dies wird über neue Investitionen in Infrastruktur und Bildung ganz konkret in Nordrhein-Westfalen zu spüren sein. Auf der folgenden Seite gibt es einen Überblick der Beschlüsse zur finanziellen Unterstützung der Kommunen.

Neben Informationen zu derzeitigen politischen Themen haben wir auf unserer Homepage eine Reihe zu Gedenk- und Jahrestagen eingerichtet. Mitglieder der Landesgruppe tragen mit teils sehr persönlichen Texten dazu bei, auch einmal über den Tellerrand aktueller

Auseinandersetzungen zu blicken. Drei besonders beeindruckende Beiträge von Kerstin Griesse, Barbara Hendricks und Wolfgang Hellmich sind in diesem Newsletter abgedruckt.

Der Fußball, angeblich die schönste Nebensache der Welt, hat jetzt auch im Bundestag Einzug gehalten: Auf Initiative einiger Landesgruppenmitglieder wurden Fanclubs dreier NRW-Traditionsvereine gegründet. Deren Vorsitzende haben wir nach ihren Beweggründen und Zielen für die kommende Saison gefragt – ihre Antworten finden sich auf den Seiten 7 bis 8.

An dieser Stelle wünsche ich, auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen, allen in Nordrhein-Westfalen schöne, sonnige und erholsame Sommermonate.

Mit freundlichen Grüßen und Glück auf!

Axel Schäfer MdB
Vorsitzender der NRW-Landesgruppe
in der SPD-Bundestagsfraktion

INHALTSVERZEICHNIS

- | | | | |
|------|--|----------|--|
| S. 2 | Mehr als 15 Milliarden Euro zur Unterstützung unserer Kommunen | S. 4 | Lernen aus der Geschichte |
| S. 3 | SPD bleibt Motor in der Gleichstellung

Mit uns gibt es keine Änderungen am Mindestlohn

Wohnen darf nicht zum Luxusgut werden: Die Mietpreisbremse kommt! | S. 5 | Der lange Weg nach Westen |
| | | S. 6 | 10 Jahre nach Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls wartet die Welt auf ein neues Klimaabkommen |
| | | S. 7 - 8 | Fankultur im Bundestag: Bundestagsborussen, Gladbach und Schalke 04 |
| | | S. 8 | Impressionen aus dem ersten Halbjahr 2015 |

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Axel Schäfer MdB

Redaktionelle Betreuung:
Hannah Kannen
Sebastian Forck

Bildnachweis:

S. 2: Bundesministerium der Finanzen
S. 4: Shutterstock.com
S. 8: Deutsche Bahn



Mehr als 15 Milliarden Euro zur Unterstützung unserer Kommunen

Unser Einsatz für die finanzielle Entlastung der Kommunen trägt Früchte. Seit Beginn der Legislaturperiode setzen wir uns dafür ein, dass der Bund seiner Verantwortung nachkommt und Städte und Gemeinden merklich von den Sozialausgaben entlastet sowie zusätzliche Spielräume für Investitionen

ermöglicht. Erste Erfolge konnten wir im vergan-

genen Jahr unter anderem mit der Einführung der sogenannten „Übergangsmilliarde“ erzielen, durch die die Kommunen jährlich von 2015 bis 2017 um eine Milliarde Euro entlastet werden. Nun haben wir weitere, wichtige Entscheidungen angestoßen, die konkret vor Ort zu spüren sein werden:

Bernhard Daldrup:

„Kaum zuvor gelang einer Bundesregierung die zeitgleiche Entlastung der Kommunen von den wachsenden Sozialausgaben in Verbindung mit einem Programm zur Stärkung der Investitionskraft. Die Sozialdemokraten in der Großen Koalition sind Garanten dafür, dass die Lage der Kommunen realistisch eingeschätzt und wirksam verbessert wird.“



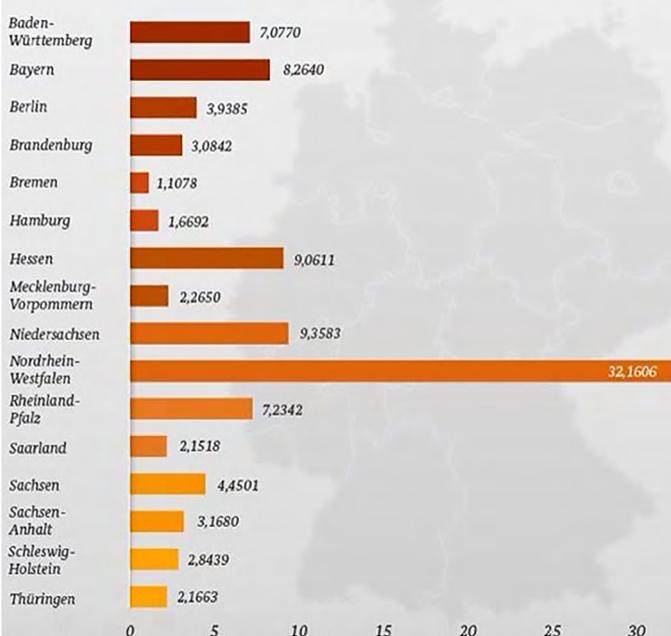
Der Bund legt einen **kommunalen Investitionsfonds in Höhe von 3,5 Milliarden Euro** auf. Damit können dringend erforderliche Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Bildung und Klimaschutz getätigt werden. Durch die Begrenzung des Eigenanteils auf zehn Prozent werden gezielt finanzschwache Kommunen gefördert. Die Gelder werden auf Basis eines Schlüssels aus Einwohnerzahl, Kassenkrediten und Anzahl der Arbeitslosen auf die Länder verteilt. Demnach erhält Nordrhein-Westfalen 32,2 Prozent der Mittel, also rund 1,127 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Nach dem üblichen „Königsteiner Schlüssel“ erhalte unser Land lediglich 21,2 Prozent bzw. 742 Millionen Euro. Dies ist ein großartiger Erfolg der gesamten NRW SPD, die auf allen Ebenen zusammen gekämpft hat.

Ergänzend zur sogenannten „Übergangsmilliarde“ werden die Kommunen im Jahr 2017 um weitere 1,5 Milliarden Euro entlastet. **In der Summe steigt der Entlastungsbetrag damit in dieser Legislaturperiode auf 4,5 Milliarden Euro** (jeweils 1 Milliarde in 2015 und 2016 sowie 2,5 Milliarden in 2017). NRW-Kommunen erhalten davon nach ersten Berechnungen weit über eine Milliarde Euro. Ein Teil der Mittel wird über eine Erhöhung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose bereitgestellt, was insbesondere strukturschwachen Kommunen mit vielen ALG-II-EmpfängerInnen zugutekommt.

Der Bund stellt für **2015 eine Milliarde Euro zur Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen** zur Verfügung. Diese Entlastung wird über einen erhöhten Länderanteil an der Umsatzsteuer umgesetzt. Nordrhein-Westfalen profitiert in einem Umfang von rund 216 Millionen Euro.

Auch **zusätzliche Investitionen von 4,35 Milliarden Euro in Verkehrswege und die digitale Infrastruktur** werden den Kommunen helfen, Standortnachteile zu verringern. Die Mittel fließen in den Jahren 2015 bis 2018 und dienen der Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur.

Sondervermögen beim Bund in Höhe von 3,5 Mrd. Euro
Verteilung an die einzelnen Bundesländer in Prozent



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Zusammen mit anderen

verlässlicher Partner der Städte und Gemeinden. Wir sind stolz auf das Erreichte und werden auch in den kommenden Verhandlungen nicht locker lassen, wenn es um weitere Entlastungen geht.



Axel Schäfer:

„Die NRW SPD kämpft geschlossen für die finanzielle Entlastung der Städte und Gemeinden. Die jetzt beschlossenen Maßnahmen sind ein Erfolg aller Ebenen.“

750 Millionen Euro, haben wir insgesamt mehr als 15 Milliarden Euro für die kommunale Entlastung in den Jahren 2015-2018 durchsetzen können. Die SPD erweist sich als

Gleichwertige Lebensverhältnisse und handlungsfähige Kommunen gehören zu den zentralen Leitmotiven, die unsere Arbeit in Berlin antreiben.

SPD bleibt Motor in der Gleichstellung

Frauen in Deutschland sind heute so gut ausgebildet wie noch nie. Mehr als die Hälfte der jungen Menschen mit Hochschulabschluss sind weiblich.

Doch trotz bester Ausbildung beträgt der Anteil von Frauen in den Auf-

Die SPD macht jetzt Schluss mit „gläsernen Decken“! Im März haben wir ein Gesetz verabschiedet, das börsen- und mitbestimmungspflichtige Unternehmen ab 2016 verpflichtet, mindestens 30 Prozent der Aufsichtsratsposten mit Frauen zu besetzen. Wird

Quote von 50 Prozent bei Neubesetzungen erfüllt sein.

Mit verbindlichen gesetzlichen Quotenregelungen für Aufsichtsräte und die öffentliche Hand sorgen wir dafür, dass die Führungsetagen in Deutsch-



Gülüstan Yüksel:

„Der 06. März war ein historischer Tag im Parlament: Die Frauenquote kommt! Die Quote ist eine Frage der Gerechtigkeit - ein Schritt auf dem Weg zu tatsächlicher Chancengleichheit von Frauen und Männern.“

sichtsräten der 200 größten Unternehmen in Deutschland gerade einmal 18,4 Prozent. Selbstverpflichtungen konnten an der schwachen Präsenz von Frauen in Führungspositionen bislang nichts ändern.

diese Quote unterschritten, bleiben die Mandate unbesetzt („Leerer Stuhl“). Der Bund geht mit gutem Beispiel voran: In Aufsichtsgremien, in denen dem Bund mindestens drei Sitze zustehen, soll ab 2018 für diese Mandate sogar eine

lands Organisationen weiblicher werden. Das ist ein großer Schritt für mehr Gleichstellung in der Arbeitswelt – und wird einen nachhaltigen Kulturwandel in den Unternehmen und der Gesellschaft in Gang setzen.

Wohnen darf nicht zum Luxusgut werden: Die Mietpreisbremse kommt!

Für Mieterinnen und Mieter haben wir in diesem Jahr einen wichtigen Erfolg erzielt: die Mietpreisbremse. Der Preisexplosion in vielen Ballungsräumen wird damit ein Ende gesetzt. In Lagen mit angespanntem Wohnungsmarkt darf die Miete bei Wiedervermietung kün-

Nordrhein-Westfalen wird vermietet (Eigentumsquote: knapp 40 Prozent). In unserem Bundesland tritt die Mietpreisbremse zum 01. Juli in Kraft. Sie wird in 22 Städten gelten, und zwar in Aachen, Bocholt, Bielefeld, Bonn, Brühl, Düsseldorf, Erkrath, Frechen, Hürth,

prinzips“. Künftig gilt: Wer einen Makler bestellt, der muss ihn auch bezahlen. Die NRW-Landesgruppe hat sich frühzeitig an die Seite der Mieterinnen und Mieter gestellt. Während aus den Reihen der Union immer wieder Abschwächungen des Gesetzes gefordert wur-



Dirk Wiese:

„Dass ausgerechnet CDU/CSU in den Verhandlungen immer wieder an die Wiederherstellung einer funktionierenden Marktwirtschaft auf dem Wohnungsmarkt erinnert werden mussten, ist reichlich verwunderlich. Am Ende zählt aber, dass sich Vernunft und Fairness durchgesetzt haben und eine Mietpreisbremse kommt, die ihren Namen auch verdient.“

ftig maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Um Anreize für den Neubau von Wohnungen zu setzen, sind Neubauten und umfangreiche Modernisierungen von der Regelung ausgenommen.

Die Mehrzahl der rund 8,5 Millionen Wohnungen in

Kleve, Köln, Langenfeld (Rheinland), Leverkusen, Meerbusch, Monheim am Rhein, Münster, Neuss, Paderborn, Ratingen, Siegburg, St. Augustin und Troisdorf.

Darüber hinaus entlasten wir Mieterinnen und Mieter durch die Einführung des sogenannten „Besteller-

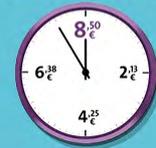
den, haben wir dies kategorisch abgelehnt und uns in zähen Verhandlungen auch durchgesetzt.

>>> **Hier** finden Sie den Beschluss der NRW-Landesgruppe: „Keine Aufweicheung der Mietpreisbremse – NRW-Landesgruppe steht an der Seite der Mieterinnen und Mieter!“

Mit uns gibt es keine Änderungen am Mindestlohn

Mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2014 ist uns eine der größten Sozialreformen in der bundesdeutschen Geschichte gelungen. Arbeit hat einen Wert, die sich in gerechter Bezahlung

ZEIT FÜR EINE NEUE ZEITRECHNUNG.



ausdrücken muss. Vom gesetzlichen Mindestlohn profitieren bis zu vier Millionen Beschäftigte, aber auch verantwortungsbewusste Unternehmer, die faire Löhne zahlen. Wir sind stolz auf diese Errungenschaft und werden keinerlei Aufweicheung des Gesetzes mittragen, wie sie wiederholt auf Seiten

**60 MINUTEN =
1 STUNDE =
8,50 € MINDESTLOHN**

des Koalitionspartners gefordert wurde. Dies haben wir in einem Beschluss vom 20. April ausdrücklich klar gemacht. Damit stellen wir uns geschlossen hinter den Kurs von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles.

>>> **Hier** finden Sie den Beschluss der NRW-Landesgruppe: „Mindestlohn nicht mit fadenscheinigen Argumenten infrage stellen“

Lernen aus der Geschichte

Ein Beitrag von
Kerstin Griese MdB

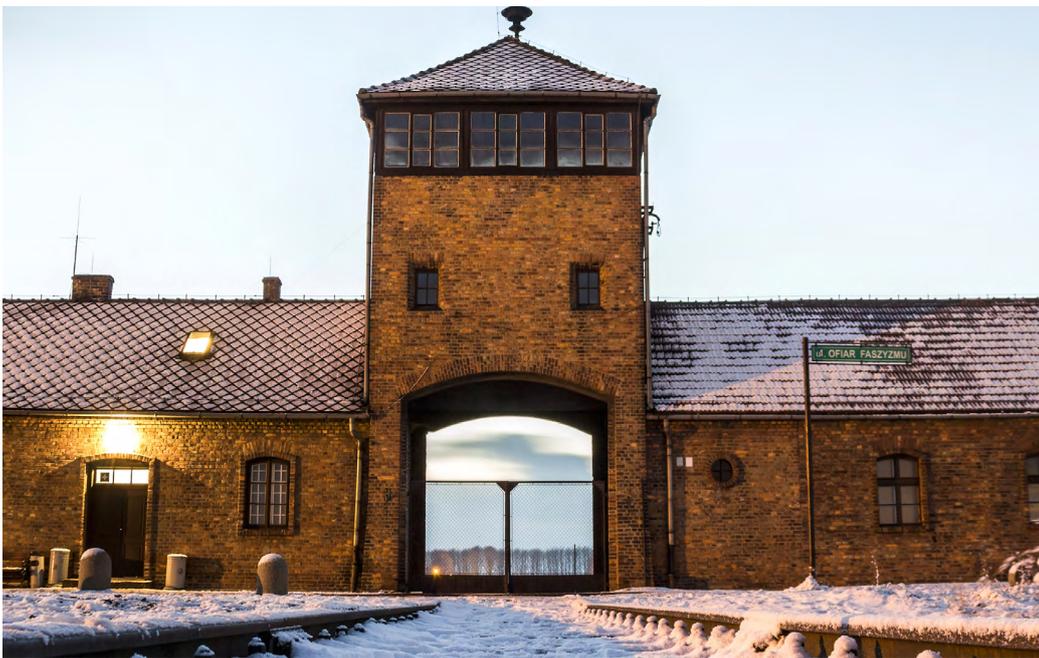
Als ich mit 16 Jahren im Rahmen der evangelischen Jugendarbeit zum ersten Mal in der Gedenkstätte des KZ-Auschwitz war, hat mich das für das ganze Leben geprägt. Ich war erschüttert. Von den Menschen, die grausam ermordet wurden, waren nur noch Haare, Brillen oder ihre Koffer zu sehen. Mich hat irritiert,

deportierten, quälten und massenhaft ermordeten. „Vernichtung durch Arbeit“ hieß das grausame Programm der Nazis. Auschwitz ist der Ort, an dem der unbegreifliche Vernichtungswille der Nazis, der sich gegen Juden, politisch Andersdenkende, Sinti und Roma, Homosexuelle und Behinderte richtete, durch eine „industrielle“ Tötungsmaschinerie einen

Kinder aus der jüdischen Schule in Düsseldorf und ihr Lehrer, der Maler Julo Levin, die alle ermordet wurden und deren Zeichnungen gerettet wurden, als ein letztes Symbol ihres Lebenswillens und ihrer Kreativität. Ilse Neuberger, die resolute jüdische Dame, die mit ihrem Mann Josef und dem Baby nach der Pogromnacht aus Düsseldorf nach Palästina

Düsseldorf eingeladen. Es war ein schwerer Schritt für sie, in die Heimat ihrer ermordeten Eltern zurück zu kehren.

Wenn heute wieder jeden Tag Jugendgruppen Auschwitz und Birkenau besuchen und in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte sind, können sie das wahnsinnige Ausmaß der Vernichtungsmaschinerie in Auschwitz-Birkenau schon angesichts des riesigen Geländes wahrnehmen. Jeder Jugendliche sollte eine Gedenkstätte besuchen können und sollte – so lange es noch möglich ist – mit einer Zeitzeugin oder einem Zeitzeugen sprechen, oder in Zukunft persönliche Zeugnisse, Interviews, Fotos und Biographien kennen lernen. Denn die Begegnung mit Lebensgeschichten setzt der Entindividualisierung der Nazis etwas entgegen: ein Gesicht, einen Menschen mit Familie, mit einer Geschichte und mit einem eigenen Namen, keine eintätowierte Nummer.



Quelle: Shutterstock.com

dass die Dokumente der Täter in meiner Sprache waren, auf deutsch. Die Menschen, in deren Land wir unterwegs waren, mussten die polnische Übersetzung lesen. Die Täter waren aus der Generation meiner Großeltern. Es waren Deutsche, die Polen mit unglaublicher Grausamkeit überfallen haben, die zuerst die katholischen Priester inhaftiert und umgebracht haben und die das Bildungssystem, Kultur und Demokratie in Polen zerstört haben. Es waren Deutsche, die in dem südpolnischen Ort Oświęcim das größte Grauen der Menschheitsgeschichte errichteten, indem sie die Juden Europas dorthin

schrecklichen Höhepunkt erreicht hat.

Nichts hat mich in meinem Leben so sehr auf den Grund dessen geführt, warum es wichtig ist, sich politisch zu engagieren, wie der Besuch in Auschwitz und Birkenau. Niemand wieder hat mich in meinem Leben so beeindruckt, wie die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die ich erleben durfte. Wenn wir in dieser Woche der Befreiung des KZ Auschwitz vor 70 Jahren durch sowjetische Truppen am 27.1.1945 gedenken, dann tauchen vor meinem inneren Auge Bilder der Menschen auf, deren Lebensgeschichte ich kennen lernen durfte: Die

fliehen konnte, die nach dem Krieg gar nicht nach Deutschland zurück wollte, sich aber dem Willen ihres Mannes beugte, der später Justizminister in NRW wurde. Nach seinem Tod blieb sie dennoch in Düsseldorf und erzählte vielen Schulklassen ihre beeindruckende Lebensgeschichte. Die Jüdin, die zwar überlebte, aber deren Kind ihr entrissen und ermordet wurde und die erst Jahrzehnte danach darüber sprechen konnte. Die vielen, die als Kinder von ihren Eltern nach England geschickt wurden und nur dadurch überlebten. Wir haben sie Jahrzehnte danach nach

Ich habe nach dem ersten Besuch in Auschwitz, dem noch einige weitere folgten, begonnen, mich politisch zu informieren und zu engagieren. Ich habe die Lebensgeschichte von Willy Brandt begeistert gelesen. An meinem 19. Geburtstag bin ich in die SPD eingetreten, weil sie für mich die einzige Partei war, die glaubwürdig gegen den Nationalsozialismus gestanden hat und weil Willy Brandt mit seiner Ostpolitik das scheinbar Unmögliche möglich gemacht hat: die Versöhnung mit den Ländern Osteuropas, denen unsere Vorfahren so unbeschreibliches Leid angetan haben. Die

Bundesrepublik hat erst in den 60er Jahren, nach dem Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem und den Auschwitz-Prozessen in Frankfurt, sehr langsam und unter vielen Konflikten begonnen, Verantwortung für das Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu übernehmen. Viele Gedenkstätten sind gerade auf lokaler Ebene wie in

Nordrhein-Westfalen erst durch das ehrenamtliche Engagement „von unten“ in den 80er Jahren erstritten wurden. Heute gibt es 25 Gedenkstätten und zahlreiche Gedenkorte in NRW (www.ns-gedenkstaetten.de).

Geschichte zu studieren, das war für mich eine Konsequenz aus dem Besuch der Gedenkstätte Auschwitz und dem daraus folgenden Nachdenken. Die

Beschäftigung mit jüdischer Religion und der Geschichte der Juden war für mich mehr als ein Examensthema. Die Erinnerung an die Shoah, die Ermordung von sechs Millionen jüdischen Männern, Frauen und Kindern wach zu halten, ist notwendig, um die Zukunft gestalten zu können. Ich bin froh, dass es heute wieder jüdisches Leben in Deutschland gibt. Dass ich 13 Jahre lang in der

Düsseldorfer Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus arbeiten konnte, war für mich weitaus mehr als ein Job. Die Begegnung mit unserer Geschichte im KZ Auschwitz hat mich nicht mehr los gelassen. Das Lernen aus der Geschichte für die Zukunft ist für mich das Lebensthema geworden.

Kerstin Griese MdB ist Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales.

Der lange Weg nach Westen

Ein Beitrag von Wolfgang Hellmich MdB

Am 8. Mai 1945 schweigen erstmals seit Ausbruch des 2. Weltkriegs am 1. September 1939 die Waffen auf dem Kriegsschauplatz Europa. Die bedingungslose Kapitulation Nazi-Deutschlands im bislang verheerendsten Konflikt der Menschheitsgeschichte bedeutet gleichzeitig die Befreiung vom Nationalsozialismus.

Beinahe unüberschaubar scheint die Zahl der Werke aus Wissenschaft, Belletristik, Film, Fernsehen und Theater zu sein, die zu ergründen versucht, was letztlich jener Gräuel den Weg bereitete, und sich mit dem stellenweise etwas unspezifischen Begriff des „Zweiten Weltkrieges“ in das kollektive Gedächtnis der betroffenen Gesellschaften einbrannte. Unspezifisch deshalb, weil die Erinnerung an das, was der Zweite Weltkrieg war, sich von Nation zu Nation, mal mehr, mal weniger stark unterscheidet. In Frankreich etwa ist der Begriff wesentlich mit der Besetzung des Landes und der Einsetzung des Vichy-Regimes verknüpft – das Ende des Konfliktes gleichsam mit der Befreiung der Hauptstadt Paris durch

westalliierte Truppen im August 1944. Für die damalige Sowjetunion und das heutige Russland war und ist der Zweite Weltkrieg im Kern der gegen sie geführte Vernichtungsfeldzug Nazi-Deutschlands im Rahmen der Operation Barbarossa, dem Schätzungen zufolge allein auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion 25 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Sowohl in der Sowjetunion als auch im heutigen Russland, wird dem Krieg am 9. Mai nicht als dem Zweiten Weltkrieg, sondern als dem „Großen vaterländischen Krieg“ gedacht – ein Indiz dafür, wie fundamental und existenzbedrohend die Erfahrung jener Jahre war. Für die USA war der 8. Mai indes zwar ein entscheidender Etappensieg, der Krieg gegen das japanische Kaiserreich im Pazifik ging jedoch unvermindert weiter und endete erst mit dem Abwurf der bis heute einzigen, je im Krieg eingesetzten Atombomben über Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945. Die Phase der Unterzeichnung der bedingungs-

losen Kapitulation am 7. Mai 1945 wird oftmals als „Stunde Null“ bezeichnet. Ein falscher Begriff, denn er verkennt die Situation der Menschen in Europa. Denn auch 1945 wurde



an die Erfolge anderer Demokratien angeknüpft. Einerseits an die Tradition einer parlamentarischen Demokratie unter dem Banner ihrer historische Vorgänger, etwa der Frankfurter Nationalversammlung oder der Weimarer Republik. Andererseits will auch das Fortbestehen alter Eliten und das Verbleiben zahlloser Kadermitgliedern der NSDAP in Führungspositionen nicht ganz zum Begriff der „Stunde Null“ passen. Er trifft

hingegen zu, wenn man ihn als Versuch einer Gesellschaft versteht, die eigene Schuld zunächst zu verdrängen. Der Holocaust und der Massenmord an Oppositionellen in den Konzentrations- und Vernichtungslagern rückten erst 1963 mit dem Frankfurter Auschwitzprozess in das Bewusstsein der deutschen Nachkriegsöffentlichkeit. Viele völkische und nationalistische Tendenzen, sowie ein allgemeines Schweigen zur Schuld am millionenfachen Leid wurden tatsächlich erst von der 68er-Bewegung so schonungslos thematisiert, dass sie im breiten gesellschaftlichen Diskurs ankamen.

Dennoch gibt es auch heute jene apologetischen, rechtsgerichteten Versuche, eine Erzählung zu etablieren, die mehr von deutschen Opfern, als von deutschen Tätern sprechen möchte. Natürlich bahnten sich die Verheerungen des Krieges am Ende ihren Weg auch in die deutsche Gesellschaft. Wie soll man über die Toten des Bombenangriffs auf Dresden sprechen, ohne den Überfall auf Polen zu erwähnen? Wie über die Vertreibung deutscher Minderheiten aus Polen und Tschechien ohne die Wehrmachtsstrategie der verbrannten Erde zu thematisieren. Auch für

den Zweiten Weltkrieg gab es eine *conditio sine qua non*, eine notwendige Bedingung, und diese lag bei dem großen Teil der deutschen Gesellschaft, die bereit war den nationalistischen und rassistischen Wahn mitzutragen und bis ins Unaussprechliche zu steigern. Das bedeutet gewiss nicht, dass jedweder Bezug auf dieses schwarze Kapitel nachvollziehbar ist. Wenn

in heutigen Konflikten die deutsche Kriegsschuld als Totschlagargument bemüht wird, dann wirkt das befremdlich. Nie sollte deshalb aber die Forderung laut werden, man möge die Geschichte doch endlich hinter sich lassen. Auch wenn einzelne nicht davor zurückschrecken, die Ereignisse außerhalb ihres Kontextes zu instrumentalisieren, so wäre es doch fatal dabei zu ignorieren, dass die

Erfahrungen des Krieges in den betroffenen Gesellschaften noch lebendig sind. Die Erfahrung des Zweiten Weltkrieges und die zermürbende Schuld Deutschlands waren weder das erste noch das letzte, gewiss aber das bedeutendste Stück eines Pfades, den der deutsche Historiker Heinrich August Winkler den „langen Weg nach Westen“ nannte. Es sind diese Erfahrungen, die das

Wirken der Bundesrepublik im internationalen Völkerbund prägen. Als Deutsche stehen wir in einer nicht vergehenden Schuld und unser politisches Handeln sollte auch davon bestimmt sein, diese Verpflichtung als Chance zu begreifen, als Auftrag, Verantwortung für eine friedliche Entwicklung der Völker zu übernehmen.

Wolfgang Hellmich MdB ist Vorsitzender des Verteidigungsausschusses.

10 Jahre nach Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls wartet die Welt auf ein neues Klimaabkommen

Ein Beitrag von
Barbara Hendricks MdB

Im Dezember 2015 hat die Welt die große Chance, mit einem neuen Abkommen den Klimawandel und seine Folgen zu bekämpfen, damit das vereinbarte 2-Grad-Ziel erreicht werden kann. Der lange Weg der Verhandlungen bis Paris erinnert uns daran, wie schwierig es ist, die verschiedenen Interessen von Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern gleichermaßen zu berücksichtigen, ohne dabei faule Kompromisse zu schließen. Ähnlich mühsam und langwierig war es beim letzten Klimaabkommen, dem Kyoto-Protokoll. Acht Jahre nach der Verabschiedung im Jahr 1977 wurde mit 55 Staaten, die zusammen mindestens 55 Prozent der Gesamtemissionen aller Industrieländer verursachten, das erforderliche Quorum zum Inkrafttreten erreicht. Am 16. Februar 2005, und damit vor genau 10 Jahren, ist das Kyoto-Protokoll in Kraft getreten und es ist bis heute ein wichtiger Meilenstein für den internationalen Klimaschutz. Mit dem Kyoto-Protokoll wurden erstmals rechtsver-

bindliche Reduktionsziele für die Industrieländer festgelegt. Ein zentrales Element war außerdem die Festlegung von gemeinsamen Berechnungsregeln, damit alle Treibhausgase in allen Ländern gleich gemessen und, im Falle von anderen Gasen als CO₂, einheitlich in „CO₂-Äquivalente“ umgerechnet werden. Auch die dazugehörige Berichterstattung der Industrieländer wurde im Protokoll geregelt und ist seither Grundlage auch der deutschen Berechnungen. Mit den sogenannten Kyoto-Mechanismen ermöglichte das Protokoll die Erreichung der Reduktionsziele durch Aktivitäten außerhalb der eigenen nationalen Grenzen und schuf hiermit erstmals einen internationalen Ansatz zur Bepreisung von CO₂. In den Folgejahren haben insgesamt 191 Staaten, und damit fast die gesamte Staatengemeinschaft, das Protokoll ratifiziert. Alle EU-Mitgliedstaaten sind dabei, anders als die USA, die das Kyoto-Protokoll bis heute nicht ratifiziert haben, und Kanada, das 2013 ausgetreten ist. Mit den aktuellen Verhandlungen für ein Nachfolgeb-

kommen, das wir in Paris verabschieden wollen, baut die multilaterale Klimapolitik auf den Erfahrungen von



Kyoto auf. Die Welt von 1997 war jedoch in vielerlei Hinsicht eine andere als heute, auch bei der Frage, welche Staaten die meisten Emissionen zu verantworten haben. Damals lag der Anteil der Industrieländer an den Gesamtemissionen deutlich höher. Angesichts der sich immer stärker verändernden Ausgangslage haben die Staaten auf dem Klimagipfel 2011 in Durban beschlossen, bis Ende 2015 ein neues Abkommen auszuhandeln, das für alle Staaten gelten und die starre Differenzierung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern aufheben soll. Das Kyoto-Protokoll war ein wichtiger Schritt für den

weltweiten Klimaschutz und bleibt eine Errungenschaft für das gesamte Umweltvölkerrecht. Nun müssen weitere Schritte folgen. Dem Weltklima und den vom Klimawandel am stärksten betroffenen Menschen und Regionen hilft am Ende nur eine gemeinsame Emissionsminderung in allen Staaten. Die Verhandlungen in Lima im Dezember 2014 haben gezeigt, dass wir es schaffen können. Deutschland hat mit dem Aktionsprogramm Klimaschutz 2020, mit dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz und mit der Erstauffüllung des Grünen Klimafonds wichtige Maßnahmen ergriffen und damit die richtigen Signale an die Staatengemeinschaft gesendet. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hat unser Klimaktionsprogramm in Lima ausdrücklich gelobt. Wir werden aber auch im Rahmen des Petersberger Klimadialoges und unserer G7-Präsidentschaft alles dafür tun, damit sich die Weltgemeinschaft in Paris als handlungsfähiger weisen und den Klimawandel erfolgreich bekämpfen wird.

Barbara Hendricks MdB ist Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

Fankultur im Bundestag: Bundestagsborussen, Gladbach und Schalke 04

Seit einigen Monaten besitzen drei Traditionsvereine aus NRW auch im Deutschen Bundestag einen Fanclub. An dieser Stelle wollen wir ihnen die Möglichkeit geben, sich etwas genauer vor-

zustellen. Wir haben den Vorsitzenden bzw. Gründungsinitiatoren jeweils vier Fragen gestellt, um eine Vorstellung für die Motive hinter den Gründungen zu erhalten, einen Einblick in die Aktivitäten der je-

weiligen Fanclubs zu bekommen und eine Idee, wie die Mitglieder den Bundestag mit ihrer Fankultur bereichern.

Die Antworten für die "Bundestagsborussen" stammen von Sabine Poschmann

und Dirk Wiese, für „Fohlen des Bundestages“ von Gülistan Yüksel und Udo Schiefner, und für Schalke 04 von Michelle Müntefering.



1. Was hat Euch dazu bewegt, den Fanclub ins Leben zu rufen?

Schon lange sind wir große Fans von Borussia Mönchengladbach. Bei der Weihnachtsfeier der Landesgruppe NRW kam es letztes Jahr zu einem Gespräch zwischen Volker Meier (Leiter der Landesvertretung NRWs im Bund) und Gülistan Yüksel. Gemeinsam mit Udo Schiefner kam der Gedanke auf, dass es schön wäre, wenn unsere Borussia auch im Bundestag vertreten wäre. Unser Fanclub „Fohlen des Bundestages“ wurde dann am 22. April fraktionsübergreifend gegründet.

2. Wie füllt Ihr den Fanclub mit Leben?

Wir wollen uns regelmäßig als Fanclub zu gemeinsamen Fußballabenden treffen, bei denen wir uns die Spiele unserer Borussia Mönchengladbach ansehen und

mitfiebern. Auch sind Stadionbesuche geplant, um nicht nur vor Leinwänden, sondern auch vor Ort leidenschaftlich unsere Mannschaft zu unterstützen. Wir erstellen derzeit außerdem ein eigenes Logo für unsere Facebookseite und Fanartikel wie Schals und Buttons.

3. Wie viele Mitglieder hat der Fanclub und woher kommen diese?

Aktuell hat unser Fanclub gut 40 Mitglieder aus dem politischen Raum. Bei den „Fohlen des Bundestages“ sind hauptsächlich Bundestagsabgeordnete, Fraktionsmitarbeiter und Mitarbeiter aus den MdB-Büros vertreten. Es spielt dabei keine Rolle, woher die jeweilige Person kommt. Interessierte aus dem politischen Raum können gerne Mitglied werden. Einzige Bedingung: Das Herz schlägt für Borussia Mönchengladbach.

4. Was sind Eure Ziele für die nächste Saison?

Unsere Ziele sind vor allem ein gutes Miteinander unserer Mitglieder bei den gemeinsamen Treffen und natürlich, dass wir häufig Siege unserer Mannschaft feiern können. Wir möchten außerdem eine Jugendorganisation in Mönchengladbach bei ihrer wichtigen Arbeit unterstützen, den Nachwuchs zu fördern. Als größere Ziele wollen wir natürlich die Bundesliga und die Champions-League als Sieger verlassen!



1. Was hat Euch dazu bewegt, den Fanclub ins Leben zu rufen?

Unsere Idee war und ist einfach: mit Schalke 04 zu feiern, jubeln und leiden.

2. Wie füllt Ihr den Fanclub mit Leben?

Da, wo wir können, gemeinsam Fußball schauen und versuchen, uns auch zu Heimspielen auf Schalke zu treffen.

3. Wie viele Mitglieder hat der Fanclub und woher kommen diese?

Wir haben bis jetzt 13 Mitglieder. Sie kommen aus der gesamten Republik, von Niedersachsen bis nach Bayern, schwerpunktmäßig naturgemäß aus dem Ruhrgebiet.

4. Was sind Eure Ziele für die nächste Saison?

Meister werden. Muss ja irgendwann mal klappen!





arbeiten dran. Das Fanclub-Wappen steht aber schon. Nur am Rande: Im Gegensatz zu unseren Kollegen von Herne-West sind wir top aufgestellt.



3. Wie viele Mitglieder hat der Fanclub und woher kommen diese?

58 Mitglieder, davon 46 Männer und 12 Frauen (Stand Juni 2015)

Darunter auch viele prominente Mitglieder des Fanclubs. Was uns als Abgeordnete aus NRW natürlich besonders freut ist, dass sowohl der Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion Thomas Oppermann, als auch der Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in NRW Norbert Römer, sowie die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und NRW-Arbeitsminister Guntram Schneider Mitglieder sind.

Weitere bekannte Gesichter sind Michaela Engelmeier, die sportpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion aus Oberberg, Dagmar Freitag aus Iserlohn, Vorsitzende des Sportausschusses, Wolfgang Hellmich aus Soest, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, Peer Steinbrück aus Mettmann und Dietmar Köster, MdEP aus Wetter Ruhr. Das Bundeswirtschaftsministerium wird außerdem durch Staatssekretär Matthias Machnig vertreten.

4. Wie ist Euer Fazit nach den ersten sechs Monaten?

Die Resonanz auf unseren Fanclub ist sehr positiv, wir haben eine ständig wachsende Mitgliederzahl. Es macht riesig Spaß, nach Feierabend gemeinsam die Spiele anzuschauen und ist eine nette Abwechslung nach einem anstrengenden Sitzungstag in Berlin. Klar ist aber schon jetzt: Die SPD-Bundestagsfraktion ist fußballtechnisch gesehen fest in schwarz-gelber Hand.

1. Was hat Euch dazu bewegt, den Fanclub ins Leben zu rufen?

Es gibt so viele Sympathisanten unter den Abgeordneten und Mitarbeitern für den BVB, dass es sich lohnte diese Gemeinsamkeit zu organisieren. Und die ständig wachsende Mitgliederzahl gibt uns Recht. Schwarz-Gelb ist und bleibt halt nur im Fußball gut. Man glaubt gar nicht wie viele Fans aus anderen Städten zu finden sind und auch aus anderen Bundesländern. Manch ein Abgeordneter steckt sogar in einer Zwickmühle, wenn es in seiner Heimatstadt zwei große Fangemeinden unterschiedlicher Vereine gibt. Aber echte BVB-Fans bekennen sich. In sportlich für den BVB schwierigen Zeiten war die Gründung unseres Fanclubs zudem ein schönes Zeichen, dass wir dennoch bzw. gerade in dieser Zeit zum BVB stehen. Echte Liebe halt!

2. Wie füllt Ihr den Fanclub mit Leben?

Wir schauen zusammen in Berlin die BVB-Spiele, die während der Sitzungswochen des Deutschen Bundestages stattfinden. Haben aber auch mit einigen einen Stadionbesuch geplant und überlegen uns, den Bayern-Fanclub herauszufordern. Aber wir sind mit unserer Mannschaftsaufstellung noch nicht ganz so weit. Wir

Impressionen aus dem ersten Halbjahr 2015

